

Fazit zur IAA: Der Schulterschluss von Bundesregierung und Autoindustrie belastet das Klima und die Menschenrechte

Eine aktuelle Konzernbefragung untermauert den Eindruck von der Automesse

[Berlin/Dresden, 20. September 2019] – Eine aktuelle Unternehmensbefragung der Entwicklungsorganisation INKOTA belegt, dass die Automobil-Konzerne eine global gerechte Verkehrs- und Mobilitätswende derzeit ausbremsen: Nur vier Hersteller waren bereit, für Transparenz zu sorgen und die Fragen zu beantworten. Und selbst bei diesen vier Konzernen sind die Ergebnisse mangelhaft. Das bestätigt den Eindruck, den die Internationale Automobilausstellung (IAA) hinterlässt: Die Automobilkonzerne forcieren zwar die Antriebswende – weg vom Verbrenner und hin zum Elektro-Auto. Dabei nehmen sie die ökologischen und menschenrechtlichen Folgen der Autoproduktion aber weiterhin nicht ernst genug. Der Schulterschluss von Bundesregierung und Autoindustrie muss deshalb endlich aufgebrochen werden, resümiert INKOTA-Rohstoffreferentin Beate Schurath. Am Sonntag endet die IAA in Frankfurt am Main.

„Die sehr begrenzten Aussagen der Unternehmen lassen vermuten, dass das Wissen und der Gesamtüberblick über die eigenen Lieferketten sehr beschränkt ist“, sagt Beate Schurath. „Wenn das so ist, dann ist folglich auch unklar, unter welchen Arbeitsbedingungen die Rohstoffe abgebaut werden.“ Die INKOTA-Herstellerbefragung hat in den vergangenen Monaten mehr als 11.000 Nachfragen von VerbraucherInnen zur Lieferkettenverantwortung in die Postfächer der Autobauer gebracht. Keines der Unternehmen antwortete umfassend auf die Frage nach der Herkunft seiner Rohstoffe. Lediglich für einige Rohstoffe wurde angegeben, in welchen Schmelzen sie verarbeitet wurden. Welche Abbauregionen und Minen im Einzelnen zu den Zulieferern gehören, blieb unbeantwortet. Von mehr als 15 Unternehmen antworteten nur BMW, Daimler, VW und Renault.

„Wenn Unternehmen in Deutschland es nicht für nötig halten, über Menschenrechte in ihren Lieferketten Auskunft zu geben, zeugt das von einer Arroganz innerhalb der Branche, die dringend eine Replik seitens der Bundesregierung braucht“, sagt Beate Schurath. Hersteller, die eine entsprechende Unternehmenspolitik und ein Risikomanagement der Lieferketten etabliert haben, hätten zumindest eine Basis, um die Einhaltung von Menschenrechten entlang ihrer Lieferketten zu kontrollieren. Allerdings gehe die Umsetzung auch dort viel zu schleppend voran. Deshalb müsse die Bundesregierung intervenieren. „Das wirtschaftspolitische Kalkül Deutschlands darf die globalen Entwicklungsziele niemals konterkarieren. Diese Balance ist im Handeln der Bundesregierung aber nicht gegeben, wenn sie nur das Wachstum der Automobilbranche unterstützt, sich gleichzeitig aber nicht konsequent für menschenrechtliche Sorgfalt entlang der Lieferketten einsetzt. Der Schulterschluss von Automobilbranche und Bundesregierung muss endlich aufgebrochen werden“, sagt Schurath.

Lithium-Ionen-Batterien von Elektro-Autos als menschenrechtliche Herausforderung

Aus menschenrechtlicher Perspektive sind die Batterien der Elektro-Autos eines der gravierendsten Probleme. Die Batterie eines einzigen Fahrzeuges enthält heute mehrere Kilogramm Lithium, Nickel, Graphit und Kobalt – Rohstoffe, die noch immer in großen Teilen unter menschenunwürdigen und umweltgefährdenden Bedingungen abgebaut werden. „Die rasant steigende Nachfrage, die mit der forcierten Antriebswende einhergeht, setzt deutsche Hersteller und die Bundesregierung weiter unter Druck, sich endlich angemessen mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu beschäftigen, die diese Rohstoffe abbauen“, sagt Beate Schurath.

Weitere Informationen:

[Presseinfo nachgefragt: Kurzinfo zu den Ergebnissen der der INKOTA-Online-Aktion an Automobilhersteller](#)

[Nachgefragt – wie gerecht sind ihre E-Autos: Ergebnisse der INKOTA-Online-Aktion an Automobilhersteller](#)

Ansprechpartnerin:

Beate Schurath, INKOTA-netzwerk e.V., Mobil: 01577 31 63 49 7, E-Mail: schurath@inkota.de

Das [INKOTA-netzwerk](#) ist eine entwicklungspolitische Organisation, die mit politischen Kampagnen und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im globalen Süden Hunger und Armut bekämpft und für eine gerechte Globalisierung eintritt. INKOTA stärkt Menschen im globalen Süden, damit sie sich selbstbestimmt von Hunger und Armut befreien können. Mehr unter www.inkota.de.